

Hollerithstraße 11  
81829 München

Commerzbank AG  
München  
IBAN:  
DE98700800000564460400  
BIC:  
DRESDEFF700

**Beitragsanpassung für Ihre Krankenversicherung  
Versicherungsschein-Nr. 1**

Guten Tag Herr \_\_\_\_\_,

vielen Dank, dass Sie unserer Krankenversicherung vertrauen.

Wir senden Ihnen heute einen Nachtrag zu Ihrem Versicherungsschein, weil sich ab 01. Januar 2023 der Beitrag zu Ihrer privaten Krankenversicherung ändert.

Die Gründe für die Beitragsanpassung erläutern wir im Abschnitt "Hinweise zur Beitragsänderung".

Unter [www.ARAG.de/Kundeninfo](http://www.ARAG.de/Kundeninfo) finden Sie außerdem Antworten zu häufig gestellten Fragen.

Bitte beachten Sie auch die Hinweise zum Tarifwechselrecht in diesem Schreiben.

Selbstverständlich sind unsere Beratung und die Durchführung eines Tarifwechsels für Sie kostenlos.

In den Versicherungsbedingungen zu Ihrer Pflege-Pflichtversicherung haben sich zudem Änderungen ergeben (**Bedingungsänderung**). Einzelheiten und Hintergründe finden Sie auf den folgenden Seiten.

Bitte nehmen Sie diese Information zu Ihren Vertragsunterlagen.

An Ihrer Zahlungsweise ändert sich nichts. Wir buchen die Beiträge termingerecht von Ihrem Konto ab. Informationen zum SEPA-Lastschrifteinzug haben wir Ihnen beigelegt.

Wenn Sie noch Fragen haben, rufen Sie uns einfach an. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Effinger



Dr. Roland Schäfer

**Datum**

11.11.2022

**Ihr Ansprechpartner  
Vertragsservice**

**Telefon**

(089) 4124-8282

**Fax**

(089) 4124-9525

**e-Mail/Internet**

anfrage-kv  
@ARAG.de  
[www.ARAG.de](http://www.ARAG.de)

P.S. Sollten Sie bisher von uns Arbeitgeberbescheinigungen erhalten haben, senden wir Ihnen eine aktualisierte Bescheinigung im Dezember zu.

Die Bescheinigung über die steuerlich abzugsfähigen Beiträge erhalten Sie ebenfalls im Laufe des Monats Dezember.

## Nachtrag zum Versicherungsschein

Versicherungsnehmer:  
Versicherungsschein-Nr.: .....

### Versicherte Leistungen für

Beginn bzw. Änderung der Versicherung	Versicherungsart	Tarif	Tagessatz in EUR	Tarifbeitrag in EUR	Gesetzlicher Zuschlag (+) in EUR	Zuschlag (+) Rabatt (-) in EUR	Besondere Vereinbarungen	Beitrag in EUR
01.01.2022	Ambulante Kosten	210		976,06		- 534,66		<b>441,40</b>
01.01.2023	Stationäre Kosten	*240		535,49		- 379,83		<b>155,66</b>
01.01.2023	Zahnkosten	*529		75,96		- 16,77		<b>59,19</b>
01.01.2023 #	Pflegepflicht	*PVN		442,42		- 312,95	1)	<b>129,47</b>
01.01.2022 # bis 31.12.2022	PPV-Sonderzuschlag	PVNZ		3,40				<b>3,40</b>
01.01.2022	Stationäre Zusatzvers.	262		86,26		- 56,23		<b>30,03</b>

Bei den mit \* gekennzeichneten Tarifen hat sich eine Beitragsveränderung ergeben.

Die mit # gekennzeichneten Tarife basieren auf einer geschlechtsunabhängigen Beitragskalkulation.

Hinweis zum PPV-Sonderzuschlag (PVNZ/PVBZ): Bis zum 31.12.2022 befristeter Sonderzuschlag in der Pflege-Pflichtversicherung gemäß § 110a SGB XI zur Finanzierung pandemiebedingter Mehrausgaben.

### Monatlicher Gesamtbeitrag in Euro

bisher

**815,48**

ab 01.01.2023

**815,75**

In Deutschland ist der Beitrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe b) Versicherungsteuergesetz unter den dort genannten Voraussetzungen steuerfrei. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, ist der Beitrag insoweit grundsätzlich versicherungsteuerpflichtig.

Versicherungsbeiträge unterliegen gemäß § 4 Nr. 10 Umsatzsteuergesetz nicht der Umsatzsteuer.

### Besondere Vereinbarungen

ARAG Krankenversicherungs-AG  
Hollerithstraße 11, 81829 München  
Tel (089) 4124-02, Fax (089) 4124-9525  
Sitz und Registergericht:  
München, HRB 69751

Commerzbank AG, München  
IBAN: DE98 700800000564460400  
BIC: DRESDEFF700  
USt-ID-Nr.: DE 811 322 452

Aufsichtsratsvorsitzender:  
Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Falßbender  
Vorstand: Dr. Matthias Effinger,  
Dr. Shiva Meyer, Dr. Roland Schäfer

Die folgende(n) Vereinbarung(en) gelten für die Tarife, die in der Tabelle oben mit der jeweiligen Ziffer gekennzeichnet sind.

- 1) Für die private Pflege-Pflichtversicherung gelten die Rechte des Altbestandes. Demnach darf der Beitrag den vollen Höchstbeitrag der sozialen Pflegeversicherung nicht übersteigen.

### **Vertragsbestandteil**

Bestandteile dieses Vertrages sind der Antrag, Teil I und II der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die Tarifbeschreibungen in Teil III der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die vereinbarten Tarife, sowie der Versicherungsschein (inklusive etwaiger Nachträge) mit den darin eventuell genannten Besonderen Bedingungen und besonderen Vereinbarungen.

München, den 11.11.2022



Dr. Matthias Effinger



Dr. Roland Schäfer

## Hinweise zur Beitragsänderung

### Warum ändern sich Ihre Beiträge?

In der nachfolgenden Übersicht finden Sie eine Zusammenfassung der jeweiligen Gründe, die zu einer Beitragsänderung in Ihren Tarifen ab dem 01.01.2023 geführt haben:

Tarif		Versichertengruppe (Beobachtungseinheit)	Grund der Beitragsänderung	Differenz- betrag in EUR	Neuer Beitrag in EUR
240		Männer	Gutschrift zur Alterungs- rückstellung	-0,16	155,66
529		Männer	Altersbedingte Senkung der Tarifbeiträge	-1,75	59,19
PVN	#	Alle Personen im PVN	Änderung der Rech- nungsgrundlagen, Höchstbeitragsänderung	+5,58	129,47
PVNZ	#	-	Entfall des befristeten Sonderzuschlags für pandemiebedingte Mehrausgaben gemäß § 110a SGB XI	-3,40	0,00

Die mit # gekennzeichneten Tarife basieren auf einer geschlechtsunabhängigen Beitragskalkulation.

## Welche Hintergründe hat Ihre Beitragsänderung?

### Entfall des befristeten Sonderzuschlags für pandemiebedingte Mehrausgaben gemäß § 110a SGB XI

Der vom Gesetzgeber eingeführte befristete Zuschlag für die Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrausgaben der privaten Pflege-Pflichtversicherung zur Bewältigung der Corona-Pandemie endet zum 31.12.2022 und wird ab 01.01.2023 nicht mehr erhoben.

### Höchstbeitragsänderung

Aufgrund einer Veränderung der Beitragsbemessungsgrenze oder des Beitrags in der sozialen Pflegeversicherung wurde Ihr Beitrag an den sich daraus ergebenden Höchstbeitrag angeglichen.

### Gutschrift zur Alterungsrückstellung

Gemäß § 150 Abs.3 und 4 VAG werden nicht verbrauchte Beträge aus den Ihnen zugeordneten Alterungsrückstellungen mit der Vollendung des 65. Lebensjahres zur Prämienstabilisierung bzw. mit der Vollendung des 80. Lebensjahres zur Prämienenkung eingesetzt.

### Altersbedingte Senkung der Tarifbeiträge

Aufgrund geringer Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen sinken ab Alter 80 Ihre Tarifbeiträge.

### Änderung der Rechnungsgrundlagen

Als ein Unternehmen der privaten Krankenversicherung vergleichen wir gemäß dem gesetzlich festgelegten Verfahren zur Beitragsanpassung mindestens einmal jährlich bei jedem Tarif für feststehende Versicherten- gruppen (Beobachtungseinheit) gesondert, ob

- die Höhe der erforderlichen Versicherungsleistungen von den kalkulierten Versicherungsleistungen nicht nur vorübergehend um mehr als fünf Prozent (vertraglicher Schwellenwert) abweicht oder
- die erforderlichen Sterbewahrscheinlichkeiten von den kalkulierten Sterbewahrscheinlichkeiten um mehr als fünf Prozent (gesetzlicher Schwellenwert) abweichen.

Man bezeichnet das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Versicherungsleistungen als "Auslösenden Faktor Versicherungsleistungen" und das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Sterbewahrscheinlichkeiten als "Auslösenden Faktor Sterbewahrscheinlichkeiten".

Bei wenigstens einem der von Ihnen abgeschlossenen Tarife ist die Voraussetzung für die Überprüfung aller Rechnungsgrundlagen erfüllt. Das heißt, bei mindestens einem der beiden Auslösenden Faktoren liegt eine Überschreitung des jeweiligen Schwellenwerts von fünf Prozent vor. Die jeweiligen Auslösenden Faktoren haben wir in der folgenden Tabelle dargestellt.

Bitte beachten Sie, dass das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Ermittlung des Auslösenden Faktors bei Überschreiten der festgelegten Schwellenwerte lediglich ein Auslöser dafür ist, dass sämtliche tariflichen Rechnungsgrundlagen überprüft werden müssen. Es handelt sich daher lediglich um eine Vorstufe der eigentlichen Überprüfung aller Rechnungsgrundlagen.

### Tabelle zu den Auslösenden Faktoren

Tarif	Versichertengruppe (Beobachtungseinheit)	Abweichung der Versicherungsleistungen > 5% bzw. < -5%	Abweichung der Sterbewahrscheinlichkeiten > 5% bzw. < -5%
-------	---	--	---

PVN	#	Alle Personen im PVN	X
-----	---	----------------------	---

Die mit # gekennzeichneten Tarife basieren auf einer geschlechtsunabhängigen Beitragskalkulation.

Daraufhin hat der Verantwortliche Aktuar der ARAG Krankenversicherungs-AG die Notwendigkeit und das Ausmaß einer Beitragsanpassung für die jeweils betroffenen Tarife bewertet. Die hierfür erforderliche Überprüfung aller Rechnungsgrundlagen (insbesondere Storno- und Sterbewahrscheinlichkeiten, Versicherungsleistungen, Rechnungszins und Kosten) ergab die Notwendigkeit einer Beitragsanpassung. Die erforderliche Bewertung und die Zustimmung zur Beitragsanpassung des vom Gesetz vorgesehenen und vom Unternehmen unabhängigen mathematischen Treuhänders liegen vor.

Welche Auswirkungen dabei die Änderung der maßgeblichen Rechnungsgrundlagen auf Ihre Tarife bzw. Ihren Tarif hat, haben wir im Folgenden für Sie zusammengefasst. Bitte beachten Sie, dass die in der Tabelle enthaltenen Angaben immer die Gesamtheit der Ihnen zugeordneten Versichertengruppe (Beobachtungseinheit) des Tarifs darstellt. Im Hinblick auf Ihren persönlichen Vertrag können die in der Tabelle angegebenen Informationen daher abweichen.

#### Tabelle zu den Rechnungsgrundlagen

Tarif	Versichertengruppe (Beobachtungseinheit)	Sterbewahrscheinlichkeit	Stornowahrscheinlichkeit	Versicherungsleistungen	Rechnungszins	Kosten
PVN #	Alle Personen im PVN	+	-	+++	+++	+

Die mit # gekennzeichneten Tarife basieren auf einer geschlechtsunabhängigen Beitragskalkulation.

+++	deutlich beitragssteigernd
++	moderat beitragssteigernd
+	gering beitragssteigernd
0	keine Veränderung
-	gering beitragsenkend
--	moderat beitragsenkend
---	deutlich beitragsenkend

Hinweis zum Kündigungsrecht bei Änderung der Rechnungsgrundlagen:

Erhöht sich der Beitrag aufgrund der Beitragsanpassung, können Sie das Versicherungsverhältnis hinsichtlich der betroffenen versicherten Person gemäß § 205 Abs. 4 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Änderungsmitteilung mit Wirkung für den Zeitpunkt kündigen, zu dem die Beitragserhöhung wirksam werden soll. Zudem ist eine Kündigung des Versicherungsverhältnisses bei einer Beitragserhöhung auch bis und zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Erhöhung möglich.

Für Krankheitskostenvollversicherungen gilt zusätzlich:

Die Kündigung wird nur wirksam, wenn der Versicherungsnehmer innerhalb von zwei Monaten nach der Kündigungserklärung nachweist, dass die versicherte Person bei einem neuen Versicherer ohne Unterbrechung versichert ist. Liegt der Termin, zu dem die Kündigung ausgesprochen wurde, mehr als zwei Monate nach der Kündigungserklärung, muss der Nachweis bis zu diesem Termin erbracht werden. Dies ist in § 205 Abs. 6 VVG geregelt.

Für Pflege-Pflichtversicherungsverträge gilt zusätzlich:

Bei fortbestehender Versicherungspflicht wird die Kündigung erst wirksam, wenn Sie innerhalb der Kündigungsfrist nachweisen, dass die versicherte Person bei einem neuen Versicherer ohne Unterbrechung versichert ist.

Nähere Informationen zu Ihrem Kündigungsrecht entnehmen Sie bitte den Allgemeinen Versicherungsbedingungen Ihres Vertrags.

#### Hinweis zur brancheneinheitlich kalkulierten Pflege-Pflichtversicherung (Tarif PVN)

Im Hinblick auf die Beitragsanpassung in der brancheneinheitlichen Pflege-Pflichtversicherung für versicherte Personen ohne Anspruch auf Beihilfe (Tarif PVN) möchten wir Ihnen kurz erläutern, warum zum 01.01.2023 eine deutliche Anhebung erforderlich ist:

Die vorherige Anpassung fand zum 01.01.2020 statt. Somit müssen die in diesen drei Jahren stark gestiegenen Leistungsausgaben nun gleichsam für die Zukunft einkalkuliert werden.

Die Kalkulation wird vom Verband der privaten Krankenversicherungsunternehmen (PKV-Verband) durchgeführt und ist von allen privaten Krankenversicherungsunternehmen zu übernehmen.

Ein wesentlicher Grund für die Gesamthöhe der Beiträge ist die starke Ausweitung der Leistungsansprüche in der Pflegeversicherung durch mehrere gesetzliche Pflegereformen in den letzten Jahren. Dadurch gibt es nicht nur im Pflegefall höhere Leistungen, auch der Kreis der Empfangsberechtigten wurde deutlich erweitert. Das sind wichtige sozialpolitische Verbesserungen – allerdings führen sie auch zu deutlich höheren Kosten, die von der Versicherung getragen werden müssen – und damit zu höheren Gesamtbeiträgen für alle Pflegeversicherten.

So ist die Zahl der Leistungsempfänger in der Privaten Pflegepflichtversicherung (PPV) seit den Pflegereformen von rund 169.000 Personen (2014) auf fast 292.000 (2021) gestiegen, also um über 70 Prozent. Die Leistungen der PPV stiegen im selben Zeitraum von rund 790 Millionen Euro auf 1,615 Milliarden Euro im Jahr, haben sich also mehr als verdoppelt.

Eine wesentliche Ursache für die nun anstehende Beitragsanpassung sind die mit der jüngsten Pflegereform ab 2022 zusätzlich eingeführten Zuschüsse zu den Eigenanteilen im Pflegeheim. Dadurch entstehen Mehrausgaben von über 150 Millionen Euro für die Private Pflegeversicherung, die mit dem neuen Beitrag nun langfristig berücksichtigt sind.

Einen wichtigen Einfluss auf den Beitrag hat auch die Höhe der Zinseinnahmen. Denn die Private Pflegepflichtversicherung bildet für die im höheren Alter absehbar steigenden Pflegekosten eine kapitalgedeckte Vorsorge mit Zins und Zinseszins (Alterungsrückstellungen). Wenn der Beitrag neu kalkuliert werden muss – wie zum Beispiel jetzt in Folge der höheren Pflegekosten – muss diese Vorsorge überprüft und gegebenenfalls an ein neues Zinsniveau angepasst werden. Auf diese Weise wird das lebenslange Leistungsversprechen der Privaten Pflegepflichtversicherung auch zu den gestiegenen Kosten auf Dauer stabil finanziert.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Leistungsumfang der Pflegeversicherung durch die Reformen stark ausgeweitet wurde – was im Ernstfall natürlich auch Ihnen selbst zu Gute kommt. Insofern ist die Pflegeversicherung nicht nur teurer, sondern auch werthaltiger geworden.

Die Pflegereformen wirken sich natürlich nicht nur auf die Beiträge der Privatversicherten aus. Zum Vergleich:

Auch die Beiträge der Versicherten in der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) sind infolge der Reformen stark gestiegen. Und auch wenn derzeit noch keine Daten aus dem Bundesgesundheitsministerium für 2023 vorliegen, ist davon auszugehen, dass auch der SPV-Beitrag steigen wird. Nach derzeitigem Stand zahlt ein kinderloser Durchschnittsverdiener mit einem monatlichen Einkommen von 3.595,17 Euro in der SPV 122 Euro pro Monat. Arbeitnehmer mit Einkünften an der Bemessungsgrenze (4.987,50 Euro) zahlen sogar 170 Euro. Im Vergleich dazu sind die durchschnittlichen Beiträge für Privatversicherte mit 104 Euro noch relativ niedrig. Zudem ist die letzte Beitragserhöhung in diesem Tarif drei Jahre her.

Weitere Details und umfangreiche Hintergrundinformationen zur Beitragsanpassung in der Pflege-Pflichtversicherung für versicherte Personen ohne Anspruch auf Beihilfe (Tarif PVN) finden Sie zudem unter [www.arag.de/kundeninfo](http://www.arag.de/kundeninfo).



## Hinweise zum Tarifwechselrecht

Auszug aus dem Gesetz über den Versicherungsvertrag

### § 204 Tarifwechsel

(1) Bei bestehendem Versicherungsverhältnis kann der Versicherungsnehmer vom Versicherer verlangen, dass dieser

1. Anträge auf Wechsel in andere Tarife mit gleichartigem Versicherungsschutz unter Anrechnung der aus dem Vertrag erworbenen Rechte und der Alterungsrückstellung annimmt. Soweit die Leistungen in dem Tarif, in den der Versicherungsnehmer wechseln will, höher oder umfassender sind als in dem bisherigen Tarif, kann der Versicherer für die Mehrleistung einen Leistungsausschluss oder einen angemessenen Risikozuschlag und insoweit auch eine Wartezeit verlangen. Der Versicherungsnehmer kann die Vereinbarung eines Risikozuschlages und einer Wartezeit dadurch abwenden, dass er hinsichtlich der Mehrleistung einen Leistungsausschluss vereinbart. Bei einem Wechsel aus dem Basistarif in einen anderen Tarif kann der Versicherer auch den bei Vertragsschluss ermittelten Risikozuschlag verlangen. Der Wechsel in den Basistarif des Versicherers unter Anrechnung der aus dem Vertrag erworbenen Rechte und der Alterungsrückstellung ist nur möglich, wenn
  - a) die bestehende Krankheitskostenversicherung nach dem 1. Januar 2009 abgeschlossen wurde oder
  - b) der Versicherungsnehmer das 55. Lebensjahr vollendet hat oder das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, aber die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt und diese Rente beantragt hat oder ein Ruhegehalt nach beamtenrechtlichen oder vergleichbaren Vorschriften bezieht oder hilfebedürftig nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ist oder
  - c) die bestehende Krankheitskostenversicherung vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossen wurde und der Wechsel in den Basistarif vor dem 1. Juli 2009 beantragt wurde.

ein Wechsel aus einem Tarif, bei dem die Prämien geschlechtsunabhängig kalkuliert werden, in einen Tarif, bei dem dies nicht der Fall ist, ist ausgeschlossen.

2. bei einer Kündigung des Vertrags und dem gleichzeitigen Abschluss eines neuen Vertrags, der ganz oder teilweise den im gesetzlichen Sozialversicherungssystem vorgesehenen Krankenversicherungsschutz ersetzen kann, bei einem anderen Krankenversicherer
  - a) die kalkulierte Alterungsrückstellung des Teils der Versicherung, dessen Leistungen dem Basistarif entsprechen, an den neuen Versicherer überträgt, sofern die gekündigte Krankheitskostenversicherung nach dem 1. Januar 2009 abgeschlossen wurde,
  - b) bei einem Abschluss eines Vertrags im Basistarif die kalkulierte Alterungsrückstellung des Teils der Versicherung, dessen Leistungen dem Basistarif entsprechen, an den neuen Versicherer überträgt, sofern die gekündigte Krankheitskostenversicherung vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossen wurde und die Kündigung vor dem 1. Juli 2009 erfolgte.

Soweit die Leistungen in dem Tarif, aus dem der Versicherungsnehmer wechseln will, höher oder umfassender sind als im Basistarif, kann der Versicherungsnehmer vom bisherigen Versicherer die Vereinbarung eines Zusatztarifes verlangen, in dem die über den Basistarif hinausgehende Alterungsrückstellung anzurechnen ist. Auf die Ansprüche nach den Sätzen 1 und 2 kann nicht verzichtet werden.

(2) Ist der Versicherungsnehmer auf Grund bestehender Hilfebedürftigkeit im Sinne des Zweiten oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch nach dem 15. März 2020 in den Basistarif nach § 152 des Versicherungsaufsichtsgesetzes gewechselt und endet die Hilfebedürftigkeit des Versicherungsnehmers innerhalb von zwei Jahren nach dem Wechsel, kann er innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Hilfebedürftigkeit in Textform vom Versicherer verlangen, den Vertrag ab dem ersten Tag des übernächsten Monats in dem Tarif fortzusetzen, in dem der Versicherungsnehmer vor dem Wechsel in den Basistarif versichert war. Eintritt und Beendigung der Hilfebedürftigkeit hat der Versicherungsnehmer auf Verlangen des Versicherers durch geeignete Unterlagen nachzuweisen; die Bescheinigung des zuständigen Trägers nach dem Zweiten oder dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch gilt als Nachweis. Beim Wechsel ist der Versicherungsnehmer so zu stellen, wie er vor der Versicherung im Basistarif stand; die im Basistarif erworbenen Rechte und Alterungsrückstellungen sind zu berücksichtigen. Prämienanpassungen und Änderungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen in dem Tarif, in dem der Versicherungsnehmer vor dem Wechsel in den Basistarif versichert war, gelten ab dem Tag der Fortsetzung des Vertrages in diesem Tarif. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Versicherungsnehmer, bei denen allein durch die Zahlung des Beitrags Hilfebedürftigkeit im Sinne des Zweiten oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch entstehen würde. Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 letzter Teilsatz gilt nicht.

(3) Im Falle der Kündigung des Vertrags zur privaten Pflege-Pflichtversicherung und dem gleichzeitigen Abschluss eines neuen Vertrags bei einem anderen Versicherer kann der Versicherungsnehmer vom bisherigen Versicherer verlangen, dass dieser die für ihn kalkulierte Alterungsrückstellung an den neuen Versicherer überträgt. Auf diesen Anspruch kann nicht verzichtet werden.

(4) Absatz 1 gilt nicht für befristete Versicherungsverhältnisse. Handelt es sich um eine Befristung nach § 196, besteht das Tarifwechselrecht nach Absatz 1 Nummer 1.

(5) Soweit die Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betrieben wird, haben die Versicherungsnehmer und die versicherte Person das Recht, einen gekündigten Versicherungsvertrag in Form einer Anwartschaftsversicherung fortzuführen.

## Information zum SEPA-Lastschrifteinzug

Der regelmäßige Beitrag zu diesem Vertrag beträgt 815,75 Euro. Dieser Betrag wird monatlich erstmalig zum 01.01.2023 von folgendem Konto abgebucht:

Aus Sicherheitsgründen sind nur die letzten 4 Ziffern Ihrer Bankverbindung angegeben.

Die SEPA Lastschriften erfolgen zur Mandatsreferenz \_\_\_\_\_ zu der  
Gläubiger Identifikationsnummer \_\_\_\_\_ Mandatsgeber für die-  
ses Lastschrift-Mandat ist \_\_\_\_\_

Fällt der Fälligkeitstag auf ein Wochenende oder Feiertag, verschiebt sich der Fälligkeitstag auf den 1. folgenden Werktag.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Effinger    ppa. Sabine Wolf

## SEPA-Lastschrift-Mandat

zum Vertrag

Mandatsreferenz:

---

### Kontoinhaber

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer

PLZ

Wohnort

---

Ich ermächtige (Wir ermächtigen) die ARAG Krankenversicherungs-AG Zahlungen von meinem (unserem) Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein (weisen wir unser) Kreditinstitut an, die von der ARAG Krankenversicherungs-AG auf mein (unserem) Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

#### Hinweis:

Ich kann (Wir können) innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem (unserem) Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Um mir (uns) eine Disposition meines (unseres) Bankkontos zu ermöglichen, informiert mich(uns) die ARAG mit der Jahresrechnung spätestens 5 Kalendertage vor dem Abbuchungszeitpunkt ("Pre-Notification").

---

### Kreditinstitut

Name

IBAN

Die IBAN haben wir aus datenschutzrechtlichen Gründen teilweise unkenntlich gemacht.

BIC

---

### Zahlungsempfänger

ARAG Krankenversicherungs-AG  
Hollerithstraße 11, 81829 München  
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE70ZZZ0000009476

#### Datenschutz

Der Schutz Ihrer Daten ist uns sehr wichtig, ebenso die Sicherheit bei der Datenverarbeitung. Informationen gem. der Datenschutzgrundverordnung zum Umgang mit personenbezogenen Daten finden Sie unter [www.ARAG.de/ds-infos](http://www.ARAG.de/ds-infos). Gerne können Sie diese auch bei uns in Papier anfordern.

---

### Unterschrift Kontoinhaber/ Bevollmächtigter

Ort, Datum

Unterschrift Kontoinhaber / Bevollmächtigter

München, 11.11.2022

Das Mandat wurde ohne Unterschrift erteilt  
Eine Rücksendung ist nicht erforderlich